

Concours franco-allemand 2019

Warum nicht ein Bundesinstitut für Gleichstellung?

Historiker Michael Wolffsohn im Interview Deutschland und Israel - fremde Freunde

Streit um UN-Migrationspakt Rechte Stimmungsmache, taz.de, 8. 11. 2018

Europa - Der Brexit ist eine populistische Farce

Manipuliert wird nur, wer will I

Manipuliert wird nur, wer will II

Der Vertrag von Aachen - Eine pragmatische Antwort auf europäische Blockaden

Macrons Europa-Appell

"Das wahre Volk" gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik

„Das legt die Republik lahm“, taz.de, 27. 2. 2019

Michael Schindhelm: "Diese Sehnsucht nach dem Offenen"

Empfehlungen der Kohlekommission - Kohleausstieg – noch ist nichts geschafft

Chemnitz: Abgrenzen, nicht anbiedern

„Das“ Weib: Artikel sind nicht neutral, Freitag

Warum nicht ein Bundesinstitut für Gleichstellung? Die Zeit, 8. März 2018

Ein Gastbeitrag von **Philine Erfurt Sandhu**

Vor drei Jahren verabschiedete der Deutsche Bundestag eine gesetzliche Frauenquote zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen. Das neue Gesetz legte fest, dass in den Aufsichtsräten (conseil de surveillance) der großen, börsennotierten deutschen Unternehmen mindestens 30 Prozent der Sitze mit Frauen besetzt werden müssten, und es verpflichtete zahlreiche kleinere Unternehmen, sich selbst eine Quote als Ziel zu setzen. Ihm vorausgegangen waren zahlreiche gescheiterte Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft.

Die Politik sprach von einem historischen Schritt. [...]. In den Kontrollgremien der etwas mehr als 100 an die 30-Prozent-Quote gebundenen Unternehmen ist der Frauenanteil bis Ende 2017 tatsächlich auf durchschnittlich gut 30 Prozent gestiegen; [...] Bei genauerem Hinsehen jedoch zeigt sich, dass die eine gläserne Decke (plafond de verre) gerade durch die nächste ersetzt wird. Laut einer aktuellen Studie der Uni Mainz sind Frauen kaum im "*inner circle*" der Aufsichtsräte vertreten, nämlich da, wo die Entscheidungen vorbereitet werden.

[...] Was muss also getan werden? Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Ziel, welches von vielen Seiten und auf vielen Ebenen angepackt werden muss. Nimmt die Bundesregierung ihr Grundgesetz mit Artikel 3, Absatz 3 zur tatsächlichen Durchsetzung von Gleichstellung ernst, braucht es ein umfassendes Begleitprogramm, um die Frauenquote umzusetzen. Kampagnen und praxisnahe Informations- und Beratungsangebote, um die Unternehmen zu unterstützen, wären das Mindeste – und darüber hinaus gibt es noch viel Luft nach oben. [...]

Auf der Seite der Unternehmen braucht es mehr Selbstreflexion in den obersten Führungsgremien. Wie interessiert und offen sind sie wirklich für andere Perspektiven und Lebensläufe? Haben sie wirklich schon einmal aktiv nach neuen Mitgliedern gesucht, die nicht ihresgleichen entsprechen und aus nichtprivilegierten Elternhäusern stammen oder gar eine Migrationsgeschichte mitbringen? Haben sie sich bemüht, sich ihre Eigenarten bewusst zu machen und diverse Mitglieder aktiv zu integrieren? [...]

Die Quote wird häufig als letztes Mittel gesehen, wenn es mit der Freiwilligkeit doch nicht so klappt. Das ist falsch, denn eigentlich ist die Frauenquote erst der Anfang, um einen Kulturwandel wirklich in Gang zu setzen und eingefahrene Routinen und Muster aufzubrechen. Deshalb darf die Politik sich auf dem Quotengesetz nicht ausruhen. Jetzt sind weichere Methoden gefragt, um den Fortschritt voranzubringen: Wie wäre es zum Beispiel mit einer Kampagne, in der die Frauenquote als Veränderungsmotor und Garant für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen präsentiert wird?

Historiker Michael Wolffsohn im Interview Deutschland und Israel - fremde Freunde

10.05.2015 Von Christian Böhme und Juliane Schäuble, Tagesspiegel

Herr Wolffsohn, Sie haben sich mal einen deutschen Patrioten genannt, aber auch in der israelischen Armee gedient. Für welches Land schlägt Ihr Herz denn mehr?

Ich bin ein deutsch-jüdischer Patriot. Beides gehört zu meiner Biografie: das Deutsche, das allgemein Jüdische und eben Israel. Mein Herz schlägt für beide Staaten. Aber ich lebe gerne und freiwillig in Deutschland.

Sind sie stolz, ein Deutscher zu sein?

Auf nicht selbst erbrachte Leistungen kann ich nicht stolz sein. Ich bin aber dankbar, dass ich vom deutschen Kulturkreis geprägt worden bin. Und es ist das Geschenk meines Lebens, dass mich ebenfalls das Jüdisch-Israelische stark beeinflusst hat. Heute bezeichne ich mich lieber als einen kosmopolitischen deutsch-jüdischen Patrioten. Das ist nur scheinbar widersprüchlich. Für mich bedeutet Patriotismus, sich für das eigene Gemeinwesen einzusetzen, damit es demokratisch bleibt oder wird.

Was fällt Ihnen auf, wenn hierzulande über Israel geredet wird?

Eine zunehmende Distanziertheit, Aggressivität und Gehässigkeit, die mich beunruhigt und verletzt.

Woran machen Sie das fest?

Seit Anfang der 80er Jahre gehört Israel in den Augen der deutschen Öffentlichkeit zu den drei unbeliebtesten Staaten der Welt, manchmal vor Iran und Nordkorea, manchmal dahinter. Das halte ich für einen normativen Skandal. Es gibt an der israelischen Politik und Gesellschaft vieles, was man kritisieren kann – wie in jedem Land. Aber die Vehemenz der Ablehnung ist grundfalsch, empörend und ungerecht. Israel ist eine funktionierende Demokratie, ein pluralistischer Staat, der zum Beispiel in Sachen Integration von Minderheiten einiges geleistet hat.

Woher kommen die Vorbehalte?

Die Kritiken an Israel kommen erstens von den traditionellen Antisemiten. Sie machen ungefähr 15 Prozent der Bevölkerung aus. Zweitens steigt der Anteil von Muslimen, die aus unterschiedlichen Gründen immer islamischer, oder islamistisch geworden sind und als Folge des Nahostkonflikts Israel regelrecht hassen. Drittens haben wir sowohl eine antizionistische als auch eine anti-israelische Tradition bei der Linken und viertens gibt es eine Mehrheit der Deutschen, die völlig zu Recht sagen: Wir wollen nie wieder Täter sein. Konkret heißt das, die Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der Politik wird als illegitim betrachtet. Das ist aus historischer und psychologischer Sicht völlig verständlich. Die Mehrheit der jüdischen Welt hat aus Krieg und Holocaust eine andere Lehre gezogen: Wir wollen nie wieder Opfer sein. Das gilt vor allem für Israel. Umgeben von Feinden hält man dort die Anwendung militärischer Gewalt zur Verteidigung für legitim. Diese Diskrepanz führt dazu, dass Israel gerade in Deutschland besonders unbeliebt ist.

Streit um UN-Migrationspakt - Rechte Stimmungsmache (bourrage de crâne), taz.de, 8. 11. 2018

„Der Globale Pakt für Migration öffnet der millionenfachen Einwanderung aus Afrika Tür und Tor“, behauptet die Bundestagsfraktionschefin der AfD Alice Weidel. „[...] Andere GegnerInnen des Paktes behaupten, dieser leiste ungeordneter Migration Vorschub (fördern). Tatsächlich geht es den VerfasserInnen genau um das Gegenteil: Sie wollen einheitliche Regeln schaffen – und damit die Rechte von MigrantInnen stärken. Seit dem Frühjahr 2017 hatten die UN-Mitgliedsstaaten unter Führung der Migrationsorganisation IOM das Vertragswerk ausgehandelt.

Neben Maßnahmen gegen Rassismus und dem Kampf gegen Menschenhandel bestehen wichtige Teile des Pakts aus Vereinbarungen (accords) zu den Rechten von migrantischen ArbeiterInnen. Die sind besonders anfällig für Ausbeutung (exploitation), ihre Zahl wird weltweit heute auf mehr als 200 Millionen geschätzt, Tendenz stark steigend. Der Pakt sei „ein entscheidender Durchbruch auf dem Weg zu menschenwürdiger Arbeit für Wanderarbeitnehmer“, sagte der Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, Guy Ryder, als der Vertragstext im Juli 2017 feststand.

Unter anderem soll es für ArbeiterInnen leichter werden, im Ausland nach Arbeit zu suchen, sie sollen bei der Rekrutierung besser vor Ausbeutung geschützt werden. Überweisungen (transferts d'argent) in ihre Herkunftsländer sollen günstiger werden, gezahlte Sozialversicherungsbeiträge sollen nach einer Rückkehr nicht verloren gehen, berufliche Qualifikationen sollen leichter anerkannt oder angepasst werden können.

[...] Die Souveränität der Unterzeichnerstaaten wird durch den Pakt ausdrücklich nicht beeinträchtigt. Zum einen entscheiden die Staaten freiwillig, ob sie der Vereinbarung beitreten. Zum anderen stellt – so heißt es im Vertragstext – der Pakt „einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen“ dar, „nationale Politiken und Prioritäten“ sollen gewahrt bleiben.

In einem Antrag, über den am Donnerstag im Bundestag beraten werden soll, fordert die AfD die Bundesregierung trotzdem auf, sich dem Pakt nicht anzuschließen. [...] In der CDU-Fraktion überwiegt trotz kritischer Stimmen die Zustimmung. „Wir sind der Auffassung, dass die Vorteile dieses Pakts die Nachteile weit überwiegen“, sagte Fraktionsvize Stephan Harbarth nach der Sitzung. Wenn andere Länder die gleichen Standards für MigrantInnen aufbauten wie die Bundesrepublik, würde der Zuwanderungsdruck gemindert. Der Pakt liege daher „in unserem nationalen Interesse“.

Europa - Der Brexit ist eine populistische Farce. Kolumne von Carolin Emcke, 14. März 2019, Süddeutsche Zeitung

Bei allem Entsetzen (effroi) über das, was in London gerade geschieht, ist das etwas, wofür wir dankbar sein sollten: dass uns gezeigt wird, was unbedingt vermieden werden muss, wenn Europa nicht nur weiter existieren, sondern demokratisch vertieft werden will.

Es lässt sich zunächst erkennen, dass gemeinsames Handeln im transnationalen Verbund keinen Widerspruch zu staatlicher Selbstbestimmung darstellt, wie gern behauptet, sondern im Gegenteil deren nachhaltigste Garantie. "Take back control" war der Ausdruck jener imperialen Nostalgie, die nationale Souveränität in postnationalen Zeiten versprechen wollte - und die schon jetzt kleinlaut gescheitert ist. Die Fantasie, das Vereinigte Königreich könnte, auch ohne die EU, lukrative Handelsverträge mit anderen Staaten abschließen, erwies sich als ebenso naiv wie die, eine (europäische) Grenze dürfte keine (irische) Grenze sein. [...]

Wenn der Brexit eines demonstriert hat, dann wie ein verwundbares Land wie Irland sich in seiner Souveränität geschützt weiß durch die Solidarität der anderen EU-Staaten. In den zwei Jahren seit dem Referendum ist zudem die bipolare Struktur der Geopolitik mit den USA und China als Antipoden noch deutlicher geworden, als absehbar war. Zwischen diesen Machtfeldern eigene Interessen durchzusetzen, ist schon als EU schwierig. Es als freiwillig geschrumpftes (retréci) Vereinigtes Königreich zu versuchen, lässt die Sehnsucht nach "Kontrolle" völlig unrealistisch erscheinen.

Das Scheitern der neonationalistischen Versprechen hat Populisten wie Boris Johnson als das entlarvt, was sie sind: rhetorisch-akrobatische Zyniker, die nichts weniger interessiert als die Partizipation "des Volks". Der Versuch der Konservativen, die EU für die Aushöhlung (saper) der sozialen Infrastruktur, über ein ungenügendes Gesundheitswesen, über fehlende Investitionen bei der Polizei oder in Schulen verantwortlich zu machen, ist fehlgeschlagen. [...] In Wirklichkeit sind dies im Wesentlichen die Folgen der eigenen, also der britischen Austeritätspolitik.

Ein Referendum ist nicht per se ein partizipatives Verfahren. Ob ein Volksbegehren tatsächlich als demokratisches Instrument taugt (adapté), ist abhängig davon, ob die Frage, über die abgestimmt wird, hinreichend klar ist. Ein Referendum, das die Alternativen nur verkürzt oder verfälscht formuliert, das den Bürgerinnen und Bürgern keinen Raum, keine Zeit und kein öffentliches Prozedere zur Verfügung stellt, um die Optionen kritisch zu erörtern, ein solches Referendum sabotiert eben jene demokratische Willensbildung, die zu organisieren es behauptet.

Manipuliert wird nur, wer will I)

Fake-News beeinflussen uns weniger als gedacht. Doch die Masse ungefilterter Infos und neue Technologien stärken Verschwörungstheorien. Was stimmt, wird zunehmend egal.

Eine Analyse von Lisa Hegemann und Meike Laaff, Austin, Zeit.de, 14. März 2019,

Fake-News ist zum geflügelten Begriff ((mot entré dans le langage courant) geworden, er meint alle erdenklichen Phänomene von halb oder überhaupt nicht mehr den Tatsachen entsprechenden Meldungen. Es geht um absichtlich gefälschte Informationen oder solche, die Gerüchte, Lügen und Verschwörungstheorien weiterverbreiten. Die Motivationen dahinter sind unterschiedlich, haben politische, finanzielle oder auch gesellschaftliche Gründe. Allerdings ist der Begriff auch umstritten, weil Trump ihn selbst genutzt hat, um unerwünschte Berichterstattung abzuwerten .

Dabei sind wir alle viel weniger manipulierbar durch Fehlinformationen, als es den Anschein hat. Fake-News beeinflussen beispielsweise nicht, was wir glauben, wie wir denken oder wen wir wählen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich seit 2016 intensiv damit beschäftigt, ob uns absichtlich gestreute falsche Informationen wirklich manipulieren, und herausgefunden: Zwar verbreiten sich unwahre Informationen, aber sie werden oft nur von wenigen wahrgenommen. Und vor allem ändern sie nicht unsere grundsätzlichen Ansichten oder Meinungen (*Journal of Economic Perspectives: Allcott et al., 2017*).

Trotzdem sind Fake-News nicht harmlos: Auch wenn Menschen nicht unbedingt an ein unwahres Ereignis glauben oder bestimmte Ansichten übernehmen, nur weil sie Fehlinformationen gelesen haben, so können diese doch unsere bestehenden Überzeugungen verstärken. Wer 2016 beispielsweise Trump unterstützte, war eher geneigt (être favorable à), Fake-News auf Twitter zu teilen – weil sie das eigene Weltbild untermauerten (étayer) (*Science: Grinberg et al., 2019*).

Das Problem: Selbst wenn man die Menschen mit der Wahrheit konfrontiert, wollen sie manchmal lieber das glauben, was sie gelesen haben. Das gilt nicht nur für Trump-Unterstützer. "Früher waren wir uns nicht einig in unseren Meinungen, jetzt sind wir uns nicht einig über Fakten", sagte der Autor und Berater Wajahat Ali.

Als Grund dafür sieht er eine Vertrauenskrise der Medien. Nach der US-Wahl 2016 glaubten einer Gallup-Umfrage zufolge nur noch 32 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner, dass Massenpublikationen akkurat und fair berichteten. In den vergangenen Jahren ist der Anteil zwar wieder gestiegen, auf zuletzt 45 Prozent. Doch es gibt große Unterschiede je nach politischer Überzeugung: Während 76 Prozent der Demokraten auf etablierte Medien vertrauen, sind es nur 21 Prozent der Republikaner.

Nun haben Menschen auch schon früher vor allem das geglaubt, was in ihr Weltbild passte, und die Zeitungen gelesen, die es am ehesten bestätigten. Aber diese Publikationen verpflichteten sich der Wahrheit. Durch Facebook und YouTube erreichen Fehlinformationen oder auch Verschwörungstheorien (théories du complot) nun völlig ungefiltert ein breites Publikum. Ein einzelner Nutzer ohne Reputation könne heute in einigen Fällen genauso viele Leserinnen und Leser erreichen wie Fox News, CNN oder die *New York Times*, schreiben die Wissenschaftler Hunt Allcott und Matthew Gentzkow in ihrer 2017 erschienenen Studie.

Manipuliert wird nur, wer will II)

Fake-News beeinflussen uns weniger als gedacht. Doch die Masse ungefilterter Infos und neue Technologien stärken Verschwörungstheorien. Was stimmt, wird zunehmend egal.

Eine Analyse von Lisa Hegemann und Meike Laaff, Austin, Zeit.de, 14. März 2019, II)

Auch wenn Fake-News, Verschwörungstheorien oder Trollkampagnen nur einen kleinen Teil der Menschen erreichen, so wird es für diese schwieriger, dem Strudel an Fehlinformationen zu entkommen. "Ich glaube nicht, dass Facebook darüber nachgedacht hat, was Communitys in einem extremistischen Umfeld bedeuten", sagte der Journalist Charlie Warzel von der *New York Times*. Durch weitere ähnlich denkende Menschen in geschlossenen digitalen Räumen fühlten sich die Nutzerinnen und Nutzer ermächtigt (se sentir important). Und es wird schwieriger, an sie heranzukommen und ihnen andere Informationen zu vermitteln. "Von außen gesehen ist diese Privatsphäre in geschlossenen Facebook-Gruppen beängstigend", sagte Brandy Zadrozny, Reporterin bei dem US-Fernsehsender NBC. Sie beschäftigt sich unter anderem mit Verschwörungstheorien (théories du complot) im Netz.

Andererseits hilft es eben auch nicht, über Fake-News oder Verschwörungstheorien zu berichten und ihnen Fakten entgegenzustellen. Faktenchecks erreichten fast nie die Nutzerinnen und Nutzer, heißt es in einer vom European Research Council geförderten Studie (Guess et al., 2016). Absurde Ideen werden dadurch nur einem noch größeren Publikum bekannt und finden möglicherweise noch mehr Anhängerinnen. Entscheiden wiederum die Plattformen, was eine falsche Nachricht oder eine Verschwörungstheorie ist oder nicht, werden sie zu einer Art Schiedsrichter (arbitre) über die Wahrheit. Das gibt ihnen zu viel Macht. Wie also wirklich etwas ändern?

Es gibt verschiedene Antworten darauf. Manche wollen die Motive der Fake-News-Macher besser erklären, den Antrieb von Verschwörungstheoretikern. Andere wünschen sich bessere Kennzeichnungen (signalisations) für Nachrichtenseiten, also Angaben über den Wahrheitsgehalt. Wieder andere propagieren eine gewisse Leichtigkeit, man müsse sich über die Anführerinnen und Anführer von Verschwörungstheorien lustig machen. Vor allem aber, und darin scheinen sich fast alle Experten einig, müsse man schon Schülern beibringen, unseriöse von seriösen Quellen zu unterscheiden. "Wir müssen unsere Kinder so bilden, dass sie durch das Internet kritisch navigieren", sagte etwa Giuseppe Abbamonte, Direktor für Medienpolitik in der EU-Kommission.

Das wird noch wichtig werden, denn falsche Informationen sind für das bloße Auge immer schwieriger zu erkennen. [...] Deepfake heißt diese Technologie, bei der neuronale Netze Bildmaterial manipulieren. Ende 2017 verbreitete ein Nutzer Videos, in denen er die Köpfe bekannter Schauspielerinnen auf Menschen in Pornovideos montiert hatte. Im April 2018 veröffentlichte das US-Online-Magazin *Buzzfeed* ein Deepfake-Video, in dem der frühere US-Präsident Barack Obama unter anderem seinen Amtsnachfolger Donald Trump als "kompletten Volltrottel" (Vollidiot) zu bezeichnen schien.

Nachdem dieses Video veröffentlicht wurde, berichteten zahlreiche Medien über das Missbrauchspotenzial dieser Technologie. Nutzerinnen und Nutzer mögen sich daran gewöhnt haben, den Wahrheitsgehalt von Texten, die Authentizität von Fotos hinterfragen zu müssen. Aber ein Video, in dem eine Person Dinge direkt in die Kamera spricht – kaum etwas wirkt im ersten Moment authentischer.

Der Vertrag von Aachen - Eine pragmatische Antwort auf europäische Blockaden, Claire Demesmay, DGAPstandpunkt 2, 24. Januar 2019, 2 S.

Integrationsbefürworter der EU halten den Aachener Vertrag für zu wenig ambitioniert und sehen darin ein Kommunikationsmanöver von zwei angeschlagenen (affaibli) Staats- und Regierungschefs. Für EU-Gegner hingegen geht der Vertrag viel zu weit und verletzt die nationale Souveränität beider Länder. Von diesen Verkampfungen (crispation) zeugte die absurde, von Marine Le Pen und Rechtspopulisten befeuerte Diskussion, dass der Vertrag Elsass-Lothringen an Deutschland ausliefere.

Weit entfernt von solcher Kritik oder gar Verschwörungstheorien (théorie du complot) ist der Vertrag zu begrüßen. Sein Hauptverdienst ist es, pragmatisch auf europäische Blockaden zu reagieren und somit Hoffnung in angespannten Zeiten zu vermitteln.

Zuerst einmal bietet der deutsch-französische Vertrag einen neuen Ansatz für die europäische Integration. [...] Die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie der Vertrag sie vorsieht, ist eine rationale Antwort auf die immer stärkeren innereuropäischen Blockaden. Damit wird es einfacher, auf die Alltagsprobleme der Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen einzugehen – sei es bei der Ausbildung, der Arbeitssuche oder der Rente [...].

Zweitens liegt die Stärke des Aachener Vertrags darin, dem europäischen Zeitgeist zu widersprechen. In weiten Teilen der Europäischen Union nehmen nationale Egoismen zu, die zu Spannungen und Blockaden führen. Integrationsbestrebungen werden damit behindert und der Zusammenhalt der Europäischen Union gar bedroht. Vor diesem Hintergrund setzen Paris und Berlin auf die Stärkung ihrer bilateralen Zusammenarbeit, und damit auf mehr Integration. [...]

Aus dieser Sicht verkörpert der Vertrag ein Symbol. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die EU eine schwerwiegende Legitimitätskrise durchläuft und heftigen Angriffen ausgesetzt ist – von außen wie von innen –, steht er für Kooperation, Integration und multilaterales Handeln. Der Vertrag bietet so ein Gegengewicht sowohl zum Brexit als auch zum nationalistischen und populistischen Trend, der sich vor der Europawahl im Mai 2019 abzeichnet. [...]

Nicht zuletzt zielt der Aachener Vertrag darauf, die deutsch-französischen Abstimmungsprozesse transparenter und wirksamer zu machen. In der Kontinuität des Élysée-Vertrages von 1963 sollen neue Mechanismen bei der Annäherung der zwei politischen Kulturen in strategischen Bereichen wie Wirtschaft und Verteidigung helfen. Die gleiche Logik gilt für das neue deutsch-französische Parlamentsabkommen, das der Bundestag und die Assemblée nationale in den nächsten Wochen abschließen werden. Es ermutigt unter anderem die Ausschüsse der beiden Parlamente dazu, sich über Themen von beiderseitigem Interesse auszutauschen. Das klingt nicht spektakulär, ist aber von zentraler Bedeutung, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und somit hartnäckige Missverständnisse zu überwinden.

Macrons Europa-Appell , taz.de, 5. 3. 2019

Der französische Präsident plädiert in einem Brief für eine bessere EU. Das ist schön. Schöner wäre es, wenn er tatsächlich Alternativen parat hätte.

Einfach nur: Emmanuel Macron. So unterschreibt der Präsident Frankreichs seinen Brief – ohne Titel, als Bürger, der an alle BürgerInnen Europas schreibt. Dabei ist das der Mann, der sonst auch schon mal einen Teenager vor laufender Kamera zurechtweist, weil der respektlos „Wie läuft’s, Manu?“ ruft und nicht „Monsieur le Président“. Es ist erfrischend, dass Bürger Macron nun in 28 Ländern in den Landessprachen Ideen und Vorschläge veröffentlicht. Endlich kommt da mal einer, der Menschen in Europa über die Grenzen hinaus anspricht, der den Wahlkampf nicht nur im Klein-Klein (le cadre étiqué) des Nationalstaats führt.

Das ist neu – und es ist erfreulich, wenn die Diskussion über eine bessere EU mal nicht nur von NationalistInnen vorangetrieben wird, deren vordringlichstes Ziel die Abwehr von Flüchtlingen ist. Schöner wäre es nur, wenn Macron auch wirklich eine Alternative zu bieten hätte. Denn in seinem Brief heißt es zwar, er wolle eine „Maßnahme gegen Abschottung (le repli sur soi) und Spaltung“ anbieten. Doch anstelle blockender Nationalstaaten bietet er nur den Block Europa an.

Die Abschottung wird dabei in Sachen Migration etwa schlicht und einfach an die EU-Außengrenzen verschoben. Was soll daran neu sein? Schließlich haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU längst darauf verständigt, dass die EU-Grenzschutztruppe Frontex mehr Befugnisse haben und ausgebaut werden soll, und zwar auf 10.000 Einsatzkräfte bis 2027.

Es reicht doch nicht, wie Macron ein „weltoffenes Europa“ zu beschreiben und von den Werten der Gemeinschaft zu reden – dass es in der EU ein Problem mit „Menschenrechten“, lässt sich in Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln und auf dem Mittelmeer sehr gut beobachten. Die vermag der französische Präsident ganz offensichtlich ebenso wenig verwirklichen wie die anderen Staats- und Regierungschef, die ja schon seit Jahren über die Migrationspolitik streiten.

[...] Wenn es gut läuft, ist Macrons Brief ein Denkanstoß und regt mehr Menschen dazu an, inhaltlich über Europa zu diskutieren – sowie die Parteien hierzulande dazu, einen leidenschaftlicheren europäischen Wahlkampf zu führen.

Denn letztlich müssen die ihre WählerInnen überzeugen. Bürger Macron mag seinen Brief formal an seine europäischen MitbürgerInnen gerichtet haben. Aber sind diese überhaupt die eigentlichen AdressatInnen? Wenn eine Deutsche Macrons Ideen zustimmt, kann sie noch längst nicht für seine Partei stimmen. Denn von grenzüberschreitenden Wahllisten für grenzüberschreitende Politik sind wir noch weit entfernt.

"Das wahre Volk" gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik – Essay, Jan-Werner Müller, bpb.de, 22.2.2019

Es heißt häufig, Populisten zeichneten sich dadurch aus, dass sie Eliten oder auch "das Establishment" kritisierten. Auf den ersten Blick scheint diese Einschätzung völlig plausibel. Bei näherem Hinschauen erweist sie sich aber als ein recht merkwürdiger Gedanke: Die Bereitschaft, ein kritisches Auge auf die Mächtigen zu halten (ob nun in der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder im Kulturbetrieb), gilt gemeinhin als ein Zeichen guten demokratischen Engagements und ist keine Eigenschaft, die Populisten wesentlich von anderen unterscheidet. Es stimmt zwar, dass Populisten, wenn sie in der Opposition sind, immer die Regierungen – in diesem Sinne: "das Establishment" – kritisieren. Sie tun aber auch noch etwas anderes, das weit darüber hinausgeht: Populisten behaupten stets, sie und nur sie verträten das, was bei Populisten in der Regel als das "wahre Volk" oder auch als die schweigende Mehrheit beschrieben wird.

Dieser Alleinvertretungsanspruch ist vor allem moralisch. Aus ihm folgt, dass die Konkurrenten um die Macht als grundsätzlich illegitim abqualifiziert werden müssen. Hier geht es nie nur um unterschiedliche Auffassungen in der Sache oder um unterschiedliche Ansichten über Werte. Vielmehr werden andere Politikerinnen und Politiker als korrupt dargestellt: Sie dienen nicht dem Volk, sondern bereichern sich, sie verträten Sonderinteressen, seien im Dienste von "Globalisten" und wollten deshalb das Volk in einem Weltstaat auflösen etc. etc.

Weniger offensichtlich ist, dass Populisten dann auch behaupten, all diejenigen im Volke selbst, die ihre letztlich symbolische Konstruktion des vermeintlich "wahren Volkes" nicht teilen (und deswegen die Populisten in der Regel auch nicht politisch unterstützen), gehörten eigentlich gar nicht wirklich zum Volke. [...] Es geht bei Populisten also immer um Antipluralismus, und es läuft immer auf einen moralischen Ausschluss anderer hinaus: Auf der Ebene der Politik gelten alle anderen als schlechte Charaktere.

[...] Man kann noch weitergehen: Populisten reduzieren im Zweifelsfalle alle politischen Fragen auf Fragen nach Zugehörigkeit. Man versucht nicht, den politischen Gegner mit Argumenten zu widerlegen, sondern bezichtigt ihn der Korruption oder des Verrats. Man akzeptiert keine legitime Opposition (ob nun im Parlament oder bei Demonstrationen auf der Straße), sondern deklariert die Kritiker, in den Worten Donald Trumps, gleich zu "enemies of the people". Somit betreiben Rechtspopulisten immer auch eine Art Kulturkampf, in dem politische Rede vor allem darin besteht, Individuen und Gruppen Zugehörigkeit beziehungsweise abzusprechen.

[...] Populisten reden zwar ständig von der dringend notwendigen Einheit und "Vereinigung des Volkes", aber ihr politisches Geschäftsmodell besteht darin, die Gesellschaft zu teilen und, wo möglich, bestehende Spaltungen zu vertiefen.

„Das legt die Republik lahm“, taz.de, 27. 2. 2019

taz: Herr Nüblein (CSU-Politiker, Abgeordneter im Bundestag), was stört Sie am Entwurf des Klimaschutzgesetzes?

Georg Nüblein: Dass das ein planwirtschaftlicher Ansatz ist, mit dem – wie in der Volkswirtschaft der DDR – die Ziele auf Jahre festgelegt werden. Dann werden sie trennscharf auf Ressorts verteilt, ohne jede Flexibilität. Zweitens ist der Vorschlag undemokratisch, denn am Schluss soll ein „Klimarat“ das Kommando über die Regierung bekommen.

Taz : Der Ansatz der Regierung, globale Ziele mit technischem Fortschritt zu verbinden, hat nicht funktioniert. Seit 2009 sind die CO₂-Emissionen in Deutschland praktisch nicht gesunken.

Nüblein: Es gibt nur diese Variante. Wir brauchen Innovationen, die muss man fördern. Aus Deutschland kann als Beitrag zum globalen Klimaschutz nur Innovation kommen, alles andere, was man hier zwanghaft und durch Verzicht umsetzt, wird am Weltklima nichts ändern. Wir brauchen Ideen, die uns die anderen nachmachen.

Taz : Eine solche Idee könnte ja Ministerin Schulzes Ansatz sein (Svenja Schulze, SPD-Politikerin, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit): Die Minister setzen ihre Sektorziele in Eigenverantwortung um.

Nüblein: Man kann das nicht in dieser Detailschärfe und mit null Flexibilität in einem Gesetz regeln. Das hat doch mit der Realität nichts zu tun. Wenn die Jahresziele damit einklagbar würden (droit opposable) , blockiert man die Republik, ohne den Klimaschutz voranzubringen.

Taz : Müsste man nicht etwas Neues versuchen, wo doch der alte Ansatz dazu geführt hat, dass wir das Klimaziel 2020 weit verfehlen?

Nüblein: Die sozialökologische Transformation der Marktwirtschaft wäre ein Systemwechsel und brandgefährlich. Sie stellen damit den Klimaschutz über alles und verhindern, dass wir in unseren politischen Überlegungen zum Beispiel soziale Ziele berücksichtigen. Ich denke dabei unter anderem an Mobilität und bezahlbare Wohnungen. Die Mehrheit der Menschen ist für Klimaschutz. Aber wenn Sie anfangen, sie zu gängeln (régenter) und zu überfordern, dann wird das Klima jedenfalls bei der Bevölkerung schnell umschlagen. Davon profitiert die AfD, die sagt: Wenn euch das alles nicht gefällt, dann kommt zu uns! [...] Denn wenn Sie den Leuten die Mobilität nehmen, werden die sich wehren. Und dann stelle ich mich an die Seite derer, die sich wehren. Entweder wir lösen das technisch und erhalten die Mobilität oder wir werden an diesem Punkt scheitern.

Taz : Aber niemand redet davon, die Mobilität einzuschränken. Schulzes Gesetz sagt nur: Hier sind die Ziele, die wir gemeinsam beschlossen haben. Wie ihr sie erreicht, ist eure Sache.

Nüblein: Das ist ja das Perfide daran! Frau Schulze ist nicht die Superministerin, die den einen die Ziele vorschreibt, während die anderen sie erreichen müssen. So funktioniert Klimaschutz nicht, so wird die Rechnung nicht aufgehen.

**Michael Schindhelm: "Diese Sehnsucht nach dem Offenen", Interview: Martin Machowecz
23. Februar 2019, ZEIT im Osten**

DIE ZEIT: Herr Schindhelm, Sie sind Filmemacher, Schriftsteller, Kulturmanager – und der Mann, der als Kurator dafür sorgen soll, dass Dresden 2025 Europas Kulturhauptstadt wird. Ist Pegida nützlich oder schädlich für diese Bewerbung?

Michael Schindhelm: Wenn ich etwas polemisch sein darf: Ohne Pegida hätte mich diese Aufgabe vielleicht gar nicht interessiert. Dresden ist immer eine Kulturstadt von großer internationaler Bedeutung gewesen. Aber als Bewerberstadt für so einen Titel wird der Ort doch gerade in der gesellschaftlichen Krise relevant.

ZEIT: Warum?

Schindhelm: Weil Dresden symptomatisch für die Situation der europäischen Stadt ist. Wir erleben zurzeit ja nicht nur eine Dresdner Krise, sondern eine europäische. Überall sind die Gesellschaften in Aufruhr, aber hier, in Ostdeutschland, tritt es besonders deutlich zutage. Ich stamme selbst aus dem Osten, aber habe nach 1990 die meiste Zeit außerhalb Deutschlands verbracht. Ich habe in Frankreich gelebt, als der Front National stärker wurde. Ich habe in London erlebt, wie sich der Brexit anbahnte. Und in Rom war ich in Berlusconi's letzten Amtsjahren. Die Frage, ob Europa aufbricht oder zusammenbricht – in Dresden ist sie greifbar.

ZEIT: Woran liegt das, Ihrer Meinung nach?

Schindhelm: Es gibt in Dresden eine doppelte europäische Identität: Die Stadt gehört zur Bundesrepublik, ihre Bewohner sind Bürger eines alten EU-Landes, aber auch Bürger eines neuen EU-Landes. Sie leben zwischen Osten und Westen, mitten in Europa, mit diesem unglaublichen Bruch 1989/90.

ZEIT: Können Sie die gesellschaftliche Aufwallung (sursaut) verstehen, die wir in Ostdeutschland erleben? Verstehen Sie Pegida?

Schindhelm: Ich habe mir Pegida natürlich sofort angeschaut, und es hat mich nicht überrascht, nicht einmal erschüttert, dass es das gibt. Nicht weil ich es banal oder gar akzeptabel fände. Sondern weil es einer unheimlichen Logik folgt: Pegida spitzt eine allgemeine Verunsicherung zu. Die Frage, wo man hingehört in dieser Welt, ist überall relevant geworden, aber in Ostdeutschland eben besonders. Wir haben unser Motto für die Kulturhauptstadtbewerbung gerade beschlossen: "Neue Heimat Dresden 2025". Es geht also darum, was Heimat eigentlich bedeutet in diesen Tagen. Was das Gemeinstiftende ist in Zeiten, in denen sich durch Migration, Digitalisierung, Globalisierung alles verändert.

ZEIT: Das Motto "Neue Heimat Dresden" wird kontrovers diskutiert. Manche finden, man erkläre Pegida damit geradezu zum Standortvorteil.

Schindhelm: Man hätte eigentlich schon 1990 ein Heimatministerium gebraucht – um ein gemeinsames Deutschland kulturell entstehen zu lassen. Stattdessen hat man im linksliberalen Mainstream zu lange den Heimatbegriff auch denen überlassen, die ihn für populistische Zwecke manipulieren wollten.